

Diese Zeitung erscheint jede Woche samstags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellenanzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 60 f. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Vrey, Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

# Der Beitrag für die gewerkschaftliche Organisation ist eine sichere Kapitalanlage, die mit Zins und Zinseszins an die Mitglieder zurückfließt. Je besser die finanzielle Lage der Gewerkschaft ist, um so nachdrücklicher kann sie den wirtschaftlichen Aufstieg ihrer Mitglieder fördern, um so mehr ihnen in den Nöten des Lebens ein Rückhalt sein.

### Beitragserböhung.

Am 1. April tritt die von dem außerordentlichen Verbandstag beschlossene Beitragserböhung in Kraft. Das ist nicht gerade eine erfreuliche Nachricht. Manches Verbandsmitglied wird sie sogar recht unerfreulich finden, vielleicht gar murren und dem Beitragskassierer ein unfreundliches Gesicht machen, als ob der an der Erhöhung die Schuld trüge. Doch das werden hoffentlich nur wenige und bestimmt nicht die einschichtigsten im Verbands sein.

Wir haben sehr viel Gründe für die Annahme, daß die diesmalige Beitragserböhung verhältnismäßig wenig Mißstimmung auslösen wird. Nicht vornehmlich deshalb, weil die Mitglieder in der Kriegszeit durch die allgemeine Teuerung an Mehrausgaben gewöhnt werden. Diese, man möchte sagen, psychologische Vorbereitung auf gesteigerte Ansprüche an den Geldbeutel kommt bei der Erhöhung des erhöhten Beitrages gewiß auch in Anschlag, aber sie könnte uns nicht beruhigen, wenn wir nicht bessere Bürgschaften für unsere Annahme hätten.

Bemerkenswert ist zunächst, daß die Anregung zu einer Beitragserböhung diesmal aus den Kreisen der Mitglieder kam, und zwar aus räumlich getrennten Bezirken fast zugleich. Damit ist schon gesagt, daß das Bedürfnis nach einer finanziellen Kräftigung des Verbandes in weiteren Kreisen der Mitgliedschaft vorhanden war und nicht etwa nur in dem engen Zirkel des Vorstandes. Es kommt hinzu, daß auf dem außerordentlichen Verbandstage die Frage, ob eine Erhöhung der Beiträge überhaupt notwendig sei, gar nicht gestellt wurde, daß vielmehr so gut wie alle Teilnehmer das als selbstverständlich betrachteten. Wer die Protokolle früherer Verbandstage nachliest, wird finden, daß das nicht immer so war.

Es ist an dieser Stelle schon vor dem Verbandstage versucht worden, die Gründe zusammenzufassen, die für eine Beitragserböhung ins Feld zu führen waren. Dabei ist vielleicht nicht stark genug die Tatsache unterstrichen worden, daß die jetzige Erhöhung nicht zuletzt auch deshalb notwendig wurde, weil der Verbandstag in Halle bei der Beitragsregelung allzu, sagen wir einmal, vorsichtig war. Wäre damals der Vorschlag der Statutenberatungskommission angenommen worden, so würden die Finanzen des Verbandes heute ein sehr viel günstigeres Bild zeigen. Womit beileibe nicht gesagt sein soll, daß sie beforgnisserregend schlecht wären.

Die Wirkungen des Krieges auf unsere Finanzen sind hier schon wiederholt und eingehend erörtert worden. Es genügt deshalb, zusammenfassend zu sagen, daß der Krieg unsere Einnahmen stark vermindert, unsere Ausgaben aber vielfach gesteigert hat. Allein die Unterstützung an die Familien der eingezogenen Kollegen kostet dem Verbands etwa 1 1/2 Millionen Mark. Für Sterbegeld wurden in den vier Kriegsjahren etwa 450 000 Mark ausgegeben, das ist mehr als in 15 Jahren vorher. Die Erwerbslosenunterstützung erforderte im Kriegsjahr 1914 mehr als 2 Millionen Mark. Diese erheblichen Ausgaben mußten bei sinkenden Einnahmen geleistet werden.

Der Krieg verschob nicht nur das Verhältnis zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Verbandes, sondern auch das Verhältnis zwischen dem Geldwert und dem Kaufwert unserer Unterstützungen. Infolge der Teuerung schrumpften 6 bis 12 Mk. Erwerbslosenunterstützung, nach ihrem Kaufwert betrachtet, wesentlich zusammen. Es mehrten sich die Stimmungen und Bestrebungen in der Mitgliedschaft, die Unterstützungssätze zu erhöhen. Solcher Wünsche konnte nur nach einer entsprechenden Erhöhung der Beiträge Rechnung getragen werden.

Der Verbandstag hat eine im Verhältnis zu den Beiträgen sehr weitgehende Erhöhung der Sätze für die Erwerbslosenunterstützung sowie für die Streit- und Gemafregellenunterstützung beschlossen. Bei der jetzigen Kriegsteuerung ist allerdings auch die erhöhte Unterstützungssumme nur ein bescheidener Beitrag zu den Ernährungslosten — es ist jedoch zu bedenken, daß die Krankheitsunterstützung nur als Zuschuß zu der Unterstützung aus einer Pflichtkasse zu betrachten ist, die Arbeitslosenunterstützung zur Zeit jedoch wenig ins Gewicht fällt, weil die Zahl der Arbeitslosen gering ist. Sobald aber der Friede gekommen ist, ebbt hoffentlich die Preise ab, und dann fällt die Verbandsunterstützung schon anders ins Gewicht.

Vorausichtlich wird uns der erhoffte Friede zunächst erhöhte Ansprüche an unsere Unterstützungseinrichtungen bringen. Bis zur endgültigen Umordnung unseres Wirtschaftslebens wird es zahlreiche und wahrscheinlich auch umfangreiche Störungen aller Art geben. Die Zahl der Arbeitslosen wird anschwellen, die Arbeitslosenunterstützung wird wieder höhere, vielleicht sehr hohe Summen erfordern. Ein vom außerordentlichen Verbandstag angenommener Antrag verpflichtet den Vorstand, sofort nach Friedensschluß zu prüfen, „ob und in welchem Umfange eine Unterstützung der Unterstützten eingeführt werden kann“. Der Vorstand wird diese Prüfung gewissenhaft vornehmen, und er wird auch, wenn das irgend möglich ist, für die Ausgewählten Mittel

bereit stellen. Dafür spricht schon die Tatsache, daß er es nach Ausbruch des Krieges trotz der ungewissen Lage des Verbandes ohne besonderen Aufruf getan hat.

Daß das Sterbegeld immer höhere Beträge erfordert, ist hier schon früher ausgeführt worden. Wahrscheinlich wird die Verschiebung im Wirtschaftsleben auch eine Verschiebung von Arbeitskräften zur Folge haben, so daß wir auch mit einer Erhöhung der Ausgaben für Umzugsbeihilfen zu rechnen haben.

Schließlich ist nicht zu übersehen, in welchem Umfange nach der gewaltigen Erschütterungen dieses Krieges wirtschaftliche Kämpfe entbrennen werden. Die Hoffnung, daß sich in Zukunft die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in anderen Formen als früher vollziehen würden, ist ja wohl ergebnislos und drüben aufgegeben. Es scheint sogar, als ob wir nach diesem Kriege mit besonders heftigen Widerständen großer Unternehmerruppen gegen das Aufstreben der Arbeiterschaft rechnen müßten. Unser Verband hat es aber mit besonders rüchständigen Unternehmern und mit besonders kapitalkräftigen Unternehmensvereinigungen zu tun, so daß wir der Stärkung für kommende Auseinandersetzungen ganz besonders bedürfen. Ueberdies gibt schon die Anammlung und Aufspeicherung größerer finanzieller Mittel unsern Wünschen und Forderungen mehr Nachdruck.

Alles dies ist hier schon wiederholt und ausführlich dargelegt worden. Heute haben wir es nur noch einmal zusammengefaßt für diejenigen, die trotz alledem noch nicht anerkennen wollen, daß die Erhöhung der Beiträge geradezu unumgänglich notwendig war. Wie einleitend schon ausgeführt wurde, ist die übergroße Mehrheit der Mitgliedschaft davon überzeugt, daß es notwendig war, auch die Einrichtungen des Verbandes den durch den Krieg geänderten Verhältnissen anzupassen. Die wenigen, die noch anderer Meinung sind, werden, bei vorurteilsloser Prüfung der Umstände, hoffentlich recht bald einsehen und zugeben, daß der außerordentliche Verbandstag mit seinem Beschluß, die Beiträge zu erhöhen und die Unterstützungseinrichtungen zu erweitern, im wohlverstandenen Interesse der gesamten Mitgliedschaft gehandelt hat.

Bisher ist es noch immer so gewesen, daß der Ausbau des Verbandes, mit dem naturgemäß stets eine Beitragserböhung verbunden war, nicht nur zur inneren Festigung, sondern auch zur weiteren Ausbreitung des Verbandes beigetragen hat. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird auch die Finanzreform von 1917 unsern Aufstieg fördern und nicht hemmen.

### @@@ Aus der Industrie @@@

#### Chemische Industrie

#### Schutz gegen Benzolvergiftungen.

Das in Nr. 9 des „Proletariers“ erwähnte Merkblatt zum Schutze der Arbeiter gegen Vergiftungen bei der Verarbeitung von Dinitrobenzol zu Munitionszwecken enthält zunächst einige allgemeine Vorbemerkungen über die Wirkung des Dinitrobenzols. Es sagt darüber: Dinitrobenzol (Dinitrobenzol) ist ein bei allen Menschen, in deren Körper es gelangt, vor allem auf das Blut wirkendes Gift. In Staub- oder Dampf-Form oder in gelöstem Zustande findet es Eingang in den Körper in erster Linie durch die Haut, selbst wenn diese unversehrt ist, ferner durch den Mund (Verdauungsorgan) und die Atemwege.

Vergiftungen wurden bei allen Tätigkeiten, bei denen Arbeiter mit Dinitrobenzol in Berührung kommen, beobachtet. Besonders gefährlich sind Krämpfe (hauptsächlich Herz- und Nierenkrämpfe), juckende, jählich genährte und alte Leuse. Alkoholmissbrauch ist die Widerstands-kraft gegen vorzeitige Vergiftungen herab. Erhöhte Veranlagung zu solchen Vergiftungen zeigt das weibliche Geschlecht.

Bläse, fähle Verjüngung, Gefäßverengung der Haut und Schlimpfung, Blaufärbung der Lippen, Ohren und Fingerspitzen, allgemeines Schwächegefühl, sogar Ohnmachten, Kopfschmerzen sind die ersten Anzeichen der Vergiftung.

Sauberkeit, Licht, Luft und Ordnung sind die Hauptvorbedingungen zur Verhinderung von Erkrankungen.

Da das Dinitrobenzol beim Füllen von Granaten nicht nur in festem, sondern auch in flüchtigen und dampfförmigen Zustande vorzukommen, ist darauf zu sorgen, daß

1. die unmittelbare Berührung des Sprengstoffes mit der Haut,
  2. Staub und das Ausströmen von Dämpfen nach Möglichkeit vermieden wird,
  3. austretende Dämpfe und Staub wirksam abgefangen bzw. durch Frischluft verdünnt werden (Drucklüftung), oder daß sonst ihr Eintritt in die Atemwege verhindert wird.
- Ein zweiter Abschnitt des Merkblattes behandelt die Betriebs-einrichtungen. Darüber heißt es:
1. Das Ausströmen des Dinitrobenzols geschieht zweckmäßig durch Gabeln der vollen Fässer in kochendes Wasser oder in mit Dampf oder trockener Wärme geheizten und an die Abgasleitung angegeschlossene Kammern. Das letzte Verfahren hat den Vorzug, daß außer an den Fässern anhaftendes oder durch undichte Fässer austretendes und durch die Hitze verdunstendes Dinitrobenzol abgefangt und nicht in die Luft gelangt. Der gewöhnliche jorgeführte Weg und so in die Außenluft gelangt. Der gewöhnliche Sprengstoff wird vorzeitig nicht unter Anwendung von Druckluft, sondern von Saugluft in eine Vorlage befördert. Bei Anwendung von Druckluft zum Entleeren der Fässer darf der Druck nicht mehr als 0,3 Atm. betragen.

Das Füllen der Granaten darf nur in Räumen erfolgen, in denen durch Einströmung von Frischluft eine möglichst gute Lüftung erzielt werden kann.

2. Für Dinitrobenzol dürfen nur geschlossene Abfüllgefäße mit Abgasvorrichtung verwendet werden.

Die Mischung Dinitrobenzol mit Ammonialpeter (Di. 65/35) ist in geschlossenen Mischgefäßen mit gut wirkenden Abgasvorrichtungen herzustellen. Beim Abmessen des Dinitrobenzols und Ueberfüllen in den Mischgefäß ist das Ausströmen von Dämpfen zu verhindern. Dasselbe gilt für das heizbare Mischgefäß zum Abmessen der jedesmal erforderlichen Menge der Mischung, das unter dem Mischgefäß angebracht ist.

Zweckmäßig ist es, das Mischgefäß, falls die nicht unmittelbar an die Abgasvorrichtung angeschlossen ist, samt seinen Ausströmöffnungen mit einem an die Entlüftung angeschlossenen Schutzkasten zu umschließen.

Das Abstellen der Entlüftungsvorrichtung während des Schmelzens und der Dauer der Füllarbeit ist verboten.

3. Für die Heizung der Misch- und Abfüllapparatur empfiehlt sich die Verwendung von Wasserdampf an Stelle von Dampf, da die Dampfheizung infolge der unvermeidlichen brüchigen Ueberhitzung der Apparatur die Bildung von sublimiertem Dinitrobenzol in Form von Flöden an undichten Stellen begünstigt.

Eine besondere Gefahr bilden aus diesem Grunde wegen der Schwierigkeit der Dichthaltung Säbne, Rohr- und Flanschverbindungen. Sie sind einzurapieln und an die Abgasvorrichtung (vergl. 3. 2 und 4) anzuschließen.

4. Die Abgasvorrichtungen müssen so beschaffen sein, daß durch genügende Luftbewegung die schädlichen Stoffe unter allen Umständen abgeführt werden.

5. Beim Abfüllen von Dinitrobenzol ist, um eine Beschmutzung und die dadurch bedingte Reinigung des Gewindes der Granaten zu vermeiden, ein Zeller oder Trichter mit tiefem Einlauf und breitem Munde zu verwenden, der auch ein Bespritzen der Granaten von außen verhindert. Durch Abhängung des unteren Endes des Ablaufrohrs ist das Nachtropfen einzuschränken.

Empfehlenswert ist es, beim Abfüllen sowohl von unermittelt als auch mit Ammonialpeter bzw. vermischtem Dinitrobenzol das Gefäß oder die Gießform so weit zu heben, daß das Ablaufrohr bis über die Unterlante des Mundlochgewindes in das Gefäß bzw. beim Gießen von Sprengladungen mehrere Zentimeter in den Gießtrichter hineinreicht. Nachträglich vom Ablaufrohr abfallende Tropfen sind nach Möglichkeit durch zwangsläufig bewegte und mit der Hebevorrichtung verbundene Tropfenfänger aufzufangen.

6. Nach dem Einfüllen des Sprengstoffes ist das Gefäß sofort mit einem lose aufliegenden Holzstopfen, der auf dem Mundloch aufliegt und einen in das Mundloch hineintagenden kurzen Schaft besitzt, zu verschließen. Vor dem Abnehmen ist der Holzstopfen einige Male auf das Mundloch der Granate aufzusetzen, damit das anhängende Sublimat abfallen kann. Mit Sprengstoff beschmutzte Holzstopfen sind vor der Wiederverwendung durch Auslöchen zu reinigen.

7. Bei Entfernung des Dinitrobenzols aus dem Feld der Fülltrichter ist besondere Vorsicht geboten.

Die Arbeit wird zweckmäßig in einem Gehäuse, das an eine gut wirkende Luftabzugung angeschlossen ist, vorgenommen. Die Arbeitsöffnung in der vorderen Seite des Gehäuses muß so klein als irgend möglich sein, um die Abgasung möglichst wirksam zu machen.

8. Ausbesserungen und Änderungen an Behältern, Leitungen und Apparaten für Dinitrobenzol dürfen nur nach vorheriger gründlicher Reinigung vorgenommen werden. Arbeiten im Innern von solchen Apparaten sind nur mit größter Vorsicht und nur unter ständiger Aufsicht einer verantwortlichen Person, zum Beispiel des Meisters oder Vorarbeiters auszuführen. Nach Beendigung einer solchen Arbeit müssen die Arbeiter ein Bad nehmen und ihre Kleidung einschließlich der Fußbekleidung wechseln.

9. Verschütteten und Verschütteten von Dinitrobenzol und von Dinitrobenzol enthaltenden Sprengstoffgemischen ist unbedingt zu vermeiden. Auf dem Fußboden, den Arbeitsstellen, Förderwagen verbleibendes oder verbleibendes Dinitrobenzol usw. und an der Außenwand der Gehäuse anhaftende Krusten sind sofort zu beseitigen, damit es nicht in andere Arbeitsräume verschleppt wird. Handelt es sich dabei um Kaliumperchlorat enthaltende Mischungen, so hat die Beseitigung der Krusten an Gehäusen und Förderwagen durch vorsichtiges Abklopfen abseits von den Mischgefäßen und von anderen Gehäusen zu geschehen.

Die in den Betrieben benutzte Paprolle, Verpackungen und dergl. müssen in dem dazu bestimmten Geschäften außerhalb des Betriebsraumes aufbewahrt werden. Die Vermischung übermutter der Meißer. Desgleichen hat er für die Befestigung verbleibender oder verbleibender Mengen von Dinitrobenzol zu sorgen. Die Fußböden der Betriebsräume müssen täglich einmal mit Wasser zu reinigen.

10. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei der Verarbeitung und Abfüllung von Dinitrobenzol oder seinen Mischungen beschäftigt sind, oder Handwerker, die Ausbesserungsarbeiten in solchen Betrieben ausführen, ferner Personen, die mit dem Reinigen oder Aufräumen der Arbeitsräume beschäftigt sind, müssen am Tage und an den Armen gut schützende, handbündliche Arbeitskleider, Hüten (weibliche Arbeiter Kopfhauben) und undurchlässige Fußbekleidung, bei besonderen schmutzigen Arbeiten auch Arbeitsschuhe tragen. An Stellen, an denen sich die Berührung mit dem Arbeitsgut nicht vermeiden läßt, sind ferner Handschuhe oder ein anderer Handschutz zur Verfügung zu stellen. Arbeitskleidung und Handschuhe müssen regelmäßig mindestens einmal wöchentlich gründlich gereinigt werden. Die Arbeitskleidung ist von der Arbeit zu entfernen und zu reinigen. Die Reinigung geschieht zweckmäßig mittels Spiritus.

11. Bei solchen Arbeiten, bei denen das Ausströmen von Dampf oder Staub unvermeidlich ist, müssen die Arbeiter Atemschützer (Mundstücker und dergl.) tragen, die Mund, Nase und Ohren verschließen und auf deren Benutzung unbedingt zu achten ist. Ist die Benutzung von Handschuhen notwendig, so ist darauf zu achten, daß diese nur nach vorheriger sorgfältiger Reinigung der Hände eingesetzt werden.

12. Für jede Betriebsanlage müssen ein von den Betriebsräumen räumlich getrennter heizbarer Speiseraum, außerdem besondere Wasch-, Bade- und Umkleieräume vorhanden sein, bei denen auf größte Sauberkeit zu achten ist.

In dem Umkleiraum sind jedem Arbeiter entweder zwei getrennte Kleiderstapeln zur Verfügung zu stellen, oder es ist eine



andere Aufbewahrung (zum Beispiel durch Hochziehen der Kleider) besorgt vorzusehen, daß Straßen- und Arbeitseider nicht in Berührung miteinander kommen können.

In dem Waschraum ist für mindestens drei Personen je ein Badkoben und in genügender Menge kaltes und warmes Wasser, Seife und Handtuch zur Verfügung zu stellen.

Die Wassereinrichtung (Wasser- oder Warmwasserbäder) muß so reichlich bemessen sein, daß jeder Arbeiter täglich ein Bad nehmen kann.

13. Sämtliche Arbeiter sind vor der Aufnahme der Arbeit durch den Arzt zu untersuchen. Kranke und schwächlich befindende Personen, schwangere und stillende Frauen sind von der Fällarbeit auszuschließen.

14. In einem besonderen, gut zu lüftenden und hellen Raum sind abseits der Betriebsräume Sauerstoff-Apparate in genügender Anzahl zur Sauerstoffeinatmung anzustellen.

15. In jedem Betriebe ist eine geeignete verantwortliche Persönlichkeit für die Durchführung aller genannten Vorschriften durch die Arbeiter zu bestellen.

Anmerkung: Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zur Kontrolle über den Beschäftigten und Bestand sowie über den Gesundheitszustand der Arbeiter ein Buch zu führen...

- 1. Vor- und Zuname, Alter, Wohnort, Tag des Ein- und Austrittes jedes Arbeiters sowie die Art seiner Beschäftigung, 2. den Namen dessen, der das Buch führt, 3. den Namen des mit der Aufnahmuntersuchung...

16 Prozent ist zu wenig.

Die Gerb- und Färbstoffwerke G. Renner u. Co., A.G., in Hamburg haben im Geschäftsjahr 1917 einen Reingewinn von 1.264.511 Mark erzielt. Vor Feststellung dieses Gewinnes sind erhebliche Beiträge für Rückstellungen und Abschreibungen verbucht worden.

Die unterlegenen „Götter“.

Umkehr von Besetzung ist ein neuer Leitsatz der „Bolschewisten und Sozialisten“... Die unterlegenen „Götter“... Die Arbeiter sind die unterlegenen Götter...

Brände und Explosionen.

Am Sonntag, dem 10. März, abends 8 Uhr, entstand in der zum Verein chemischer Fabriken, A.-G., Leipzig gehörenden Schwefelsäurefabrik Großfeuer.

Bei derselben Firma, Abteilung Fettfabrik Neuhmsdorf, fand am 12. März eine Explosion, vermutlich infolge Entzündung von Benzolgasen, statt.

Papier-Industrie

Ein Gemeindevorstand als Beschützer der Unternehmerinteressen.

Unser Verband versuchte bereits im Jahre 1917 für den gesamten Erzgebirgsraum eine regere Agitation zu entfalten. Dazu waren mehrere Versammlungen angelegt. Unter anderem auch eine in Sofa für eine größere Papierfabrik.

Der Arbeiterverband von Sofa empfiehlt hiermit dringend, ihren Antritt an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands zu bewirken. Dann dürfte auch für sie die Zeit vorüber sein, in der sie sich mit Almosen durch ihre Unternehmer abspesen lassen müssen.

Der Verband nach 43 Kriegsmoateten.

Der Februar war schon wieder wesentlich besser als der Januar. Die Zahl der Neuanmeldungen ist von 3144 auf 4186 gestiegen.

Table with 2 columns: Category and Count. Rows include: männliche Mitglieder am Orte, weibliche Mitglieder am Orte, and Zusammen.

Werden die eingezogenen Kollegen als Mitglieder mitgezählt, so hatten die berichteten Zahlstellen Ende Februar reichlich 15.000 Mitglieder mehr als bei Kriegesbeginn.

Sehen wieder die Fr. überredung.

Sehen wieder die Fr. überredung. (Ein Gespräch) ... Was ist das? ... Ich habe dich nicht gesehen...

Alldings, aber darauf hatte ich Anspruch.

Alldings, aber darauf hatte ich Anspruch. ... Ich habe dich nicht gesehen... Ich habe dich nicht gesehen...

Table with 7 columns: Monat, Mitglieder aufgenommen, Mitglieder ausgeh. den. Rows include: Januar 1917, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember, Januar 1918.

Die Arbeitslosigkeit war auch im Februar sehr gering; es wurden nur 271 Arbeitslose in allen berichteten Zahlstellen festgestellt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

„Ihr selbst sollt entscheiden!“ Die „Metallarbeiterzeitung“ bringt einen großen Aufruf unter obiger Spitzmarke, worin es gegenüber den Machern der milden Streiks heißt: „folgt nicht den unberufenen Beratern und den ungenannten Verfälschern von Flugblättern...“

Jahresbericht aus dem Gau 12 (Ludwigshafen a. Rhein).

Das dritte Kriegsjahr war ein Jahr des Aufstiegs; jedoch nicht in allen Zahlstellen. Eine recht gute Entwicklung weisen die Zahlstellen Eisenberg und St. Ingbert auf. Einen Rückschlag haben wir in drei Zahlstellen.

Schon, und ohne Verband, wieviel häßter ihr da bekommen?

Schon, und ohne Verband, wieviel häßter ihr da bekommen? ... Ich habe dich nicht gesehen... Ich habe dich nicht gesehen...



So daß in 16 von 19 Bahnhöfen eine Aufwärtsbewegung konstatiert werden kann. Der Rückgang in den übrigen drei Bahnhöfen beträgt insgesamt nur 10 Mitglieder.

Die Zahl der Neuannahmen beträgt in 17 Bahnhöfen 1278 gegen 282 im Vorjahr. An Wochenbeiträgen wurden 141.784 umgelegt gegen 117.343 im Vorjahr, somit 24.441 Wochenbeiträge mehr. Die Beitragsleistung betrug pro Kopf 50,4 gegen 48,7 im Vorjahr. Die Einnahmen der Hauptkassen betragen an:

Eintrittsgeld	639,-	ML. gegen	141,-	ML. im Vorjahr
Wochenbeiträge	61.829,75	"	53.220,35	"
Sonstigen Einnahmen	109,06	"	177,99	"
Zufuß der Hauptkassen	668,-	"	16.732,90	"
<b>Summa</b>	<b>63.245,81</b>	<b>ML. gegen</b>	<b>70.272,24</b>	<b>ML. im Vorjahr</b>

Die Ausgaben der Hauptkassen betragen an:

Erwerbslosenunterstützung	29.417,90	ML. gegen	24.605,19	ML. i. Vorjahr
Rechtschutz	62,50	"	8,-	"
Umsatzsteuer	110,20	"	35,-	"
Sterbegeld	4.320,-	"	3.680,-	"
Mitgliederunterstützung	93,80	"	70,-	"
Weihnachtsunterstützung	680,-	"	14.704,-	"
Hauptkassen zurückhalten	8.189,06	"	5.278,82	"
<b>Summa</b>	<b>42.873,46</b>	<b>ML. gegen</b>	<b>48.381,01</b>	<b>ML. i. Vorjahr</b>

Der Hauptkassen wurden 15.023,20 ML. gefandt gegen 14.939,90 ML. im Vorjahr. Die Sozialkassen hatten einen Bestand von 9868,67 ML. gegen 9868,22 ML. im Vorjahr. Da für 1917 die Weihnachtsunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer erst auf dem außerordentlichen Verbandstag beschlossen wurde, konnte diese nicht mehr rechtzeitig bis zum Jahresabschluss zur Auszahlung kommen. Daher der geringe Betrag für Weihnachtsunterstützung.

Die Tätigkeit des Gewerkschaften erstreckte sich besonders auf agitatorische und organisatorische Arbeiten im Gau. Die durch das Hilfsdienstgesetz notwendig gewordenen Arbeiterauswahlgewahlen wurden untersucht. Dort, wo schon Arbeiterauswahlgewahlen laut § 134 h der Gewerbeordnung bestanden, wurden teilweise Ergänzungsabwahlen notwendig. Wo die Arbeiterauswahl sich regte, wurden die Arbeiterauswahlgewahlen so zusammengesetzt, daß sie eine Vertretung der Arbeiterschaft darstellten. Beschwerden wurden eingeleitet gegen die Zusammensetzung des Arbeiterauswahlschusses beim Verein Gemischer Fabriken, Mannheim-Böhlgelegen. Von einer weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit wurde Abstand genommen, weil die Firma laut Schreiben vom Bezirksamt Mannheim eine Ergänzungswahl zugestanden. Beim Bezirksamt Kirchheimbolanden wurde Beschwerde gegen die Firma Pfälzische Schamotte- und Tonwerke Schiffer u. Kircher, Betriebsabteilung Eisenberg eingereicht. Der Arbeiterauswahlschuss dieser Firma besteht, wie Herr Schiffer selbst feierlich verkündete, seit 20 Jahren; er ist aber nur ein Dekorationsstück der Firma. Die Beschwerde war am Jahresabschluss noch unentschieden. Ebenso mußte beim Bezirksamt Frankenthal gegen die Firma Hagenburger, Schwab u. Co., Seitenleibheim, Beschwerde eingereicht werden. Der Obmann hatte sein Amt niedergelegt. Die Firma forderte die Arbeiterschaft durch Anschlag auf, wer mit dem Arbeiterauswahlschuss nicht zufrieden sei, solle dies schriftlich bestätigen. Eine Einigung wurde durch den vorhandenen Arbeiterauswahlschuss und der Firma erzielt. Von den Unternehmern wurden verschiedene Maßnahmen angewandt, um die Arbeitsleistung zu steigern und der Fluktuation entgegenzuwirken. Die Pfälzischen Schamotte- und Tonwerke Schiffer u. Kircher, Betriebsabteilung Eisenberg, gewährte den Arbeitern vom 1. April an eine besondere Vergütung von 50 Pf. pro Arbeitstag, die aber als 100 ML. Kriegsanleihe gezeichnet wurden. Nach 200 Arbeitstagen wurden die Scheine der Kriegsanleihe ausgehändigt. Wer aber vor der Zeit austrat, verlor seinen Anspruch darauf. Später wurden auf Drängen der Arbeiterschaft die 200 Tage auf 150 Tage herabgemindert. Ferner trat vom 1. Oktober an eine weitere Vergütung von 50 Pf. pro Arbeitstag für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 15 Jahren, von 75 Pf. für die Bedienten über 15 Jahren und 1 ML. für die Verheirateten in Kraft, die in Kriegssparbanken der Distriktskasse Grundbesitz und in Säulen der kommenden 7. Kriegsanleihe ausgehändigt werden soll. Die Papierfabrik Olay, Reidenfels, führte eine Vergütung für ununterbrochene Arbeit ein, für 6 Wochen, jeweils von einem Tagstag an gerechnet, 10 Pf. pro Arbeitstag, für 10 Wochen 20 Pf., und wer innerhalb eines Kalenderjahres nicht feierte, pro Arbeitstag 30 Pf. Der Anspruch auf Vergütung erlischt, sobald der betreffende Arbeiter mit oder ohne Entschuldigung oder wegen Krankheit oder mit oder ohne Erlaubnis die Arbeit unterbricht.

Der Schiedsrichter für die Pfalz wurde im März aufgehoben; an dessen Stelle trat die in dem Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Schlichtungsausschüsse. Der Gewerkschaft wurde als stellvertretender Beisitzer des Einberufungs- und Schlichtungsausschusses bestimmt. Bedauerlicherweise nimmt die Arbeiterschaft ihre Interessen und Rechte nicht so wahr, wie es sich ziemt. Mit der Organisationsleitung vorher in Verbindung zu treten, ist von großer Wichtigkeit, was unsere Kollegen beachten mögen.

Zur Agitation wurde ein Flugblatt in einer Auflage von 5000 Stück herausgegeben, außerdem eine Reihe von Vertriebsfähigkeiten. An Anregungen und Aufklärung seitens der Gewerkschaft hat es nicht gefehlt. Durch die stark und langanhaltende Kälte wurde die Frühjahrsagitation stark beeinträchtigt.

Die wuchernden Freistreibereien veranlassen die Arbeiterschaft, mit Lohnforderungen an die Unternehmer heranzutreten. Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft und ganz besonders gutes Organisationsverhältnis haben stets zu einem Erfolg geführt. Es ist deshalb verständlich, wenn die Unternehmer über die Gewerkschaftsangelegenheiten und auf das Hilfsdienstgesetz schimpfen. Jedoch eine Tatsache müssen wir konstatieren: würden die Arbeiter es so verstanden haben, unter dem Hilfsdienstgesetz ihre Interessen und Rechte zu wahren wie die Unternehmer, dann hätte die Arbeiterschaft noch weit besser abgeschnitten. Die Unternehmer haben stets profitiert, wo sich die Arbeiter willensschwach zeigten oder in ihrer Dummheit nicht begreifen konnten, daß auch sie Rechte zu wahren haben.

Vom Gewerkschaft wurden im Jahresverlauf und Industrieschlichtung Eisenberg-Seitenleibheim zwei Lohnbewegungen geführt. Die Lohnbewegung bei den Pfälzischen Schamotte- und Tonwerken Schiffer u. Kircher ist noch nicht beendet; den Formern wurden Aufbesserungen zugesprochen, außerdem betrachtet die Firma die besonderen Vergütungen in Kriegsanleihe als eine Lohnbewegung. Infolge dieser Lohnbewegung wurde unter 2. Bevollmächtigter, Kollege Steinbauer, plötzlich unter Vorauszahlung seines vierzehntägigen Lohnes entlassen. Auf Beschwerde der Gewerkschaft wurde die Kriegsamtenbenstelle diese Angelegenheit und kam zu folgendem Ergebnis:

Nach den Aussagen der von Ihnen genannten Zeugen hat sich Steinbauer während der Arbeitszeit korrekt verhalten, während die Zeugen der Firma Pfälzische Schamotte- und Tonwerke auf das bestmögliche das Gegenteil behaupten. Da an der Glaubwürdigkeit sämtlicher Zeugen nicht zu zweifeln ist, kann ein Urteil darüber, ob Steinbauer zu unrecht entlassen wurde, nicht gefällt werden.

Da die Firma sich auf ihre Zeugnisaussagen stützt und auf Grund derselben eine Wieder Einstellung des Steinbauers ablehnt, so können in dieser Angelegenheit von der Kriegsamtenbenstelle keine weiteren Schritte unternommen werden.

Steinbauer wurde von der Kriegsamtenbenstelle Ludwigshafen auf Antrag der Gewerkschaft in einem anderen Betrieb untergebracht. Das Vorgehen der Firma Schiffer und Kircher und die Lohnbewegungen der Bergarbeiter trugen dazu bei, daß sich auch die Arbeiterschaft der Firma Hagenburger, Schwab u. Co., Schamotte- und Tonwerke, Seitenleibheim, regte und Lohnforderungen stellte. Der Erfolg war eine durchschnittliche Lohnbewegung von 6 bis 8 ML. pro Arbeiter und Woche, außerdem 20 Prozent Anschlag für Ueberstunden und Nacharbeit und eine durchschnittliche Erhöhung der Alfordräge um 15 bis 27 Prozent.

Im Bahnhöfen- und Industrieschlichtung Mannheim wurden neun Lohnbewegungen geführt. Die Ausgaben im November 1916 beim Verein Gemischer Fabriken Mannheim-Böhlgelegen, die Bescheidene gegen den Arbeiterauswahlschuss und die dabei zugehörige Unzufriedenheit der Arbeiterschaft veranlassen die Firma, eine weitere Lohnbewegung in Höhe von 8,40 ML. pro Woche und Arbeiter einzutreten zu lassen. Die Lohnbewegung wurde in Lohn umgerechnet und eine Kinderzulage von 1,50 ML. pro Kind und Woche eingeführt.

Beim Verein Deutscher Oelfabriken wurde davon Abstand genommen, den Tarifvertrag zu kündigen. Dafür wurden zwei Eingaben des Arbeiterauswahlschusses im Juni und Oktober eingereicht. Ziel wurde insgesamt eine Lohnbewegung von 14,40 ML. pro Woche und Arbeiter, außerdem eine Vergütung für Ueberstunden, Sonntags- und Nacharbeit in Höhe von 50 Prozent des Lohnes.

## Das Quartal geht zu Ende!

In kurzer Zeit haben wir uns Rechenschaft zu geben, ob es auch unserm Verbandsmitgliedern gewinnbringend war. Bilanz müssen wir ziehen, gleich dem creditmässigen Kaufmann, wir als Gesamtheit, aber auch Du, für Dich.

### Du

mußt Abrechnung halten über Deine Mitgliedschaft und Dir manche Frage vorlegen. Damit Du keine vergißt, dürfen wir Dir vielleicht freundschaftlich das Gedächtnis schärfen!

### Haft

Du alle Verbandsbeiträge ordnungsgemäß entrichtest und keinen Rückstand mehr zu decken! - Auch dem Einkassierer das Amt nicht unnötig erkwert, weil Du zu bequem warst, den Beitrag rechtzeitig zur Abholung bereit zu legen! - Uns stehen große Aufgaben bevor. Zu ihrer Lösung gehört nicht zuletzt Geld und wieder Geld. Daher müssen wir rechtzeitig die Kassen stärken, wozu jeder Beitrag wichtig ist.

### Deine

Beitragszahlung und tätige Mitarbeit bei der Werbung schafft die Voraussetzung dafür, daß wir auch rein zahlenmäßig eine Macht bedeuten. Bedenke deshalb: jeder neue Verbandskollege, jede neue Verbandskollegin stärkt unsere Position, und jede Stärkung unserer Position kommt der Gesamtheit der Mitglieder zugute.

### Pflicht

eines jeden Mitgliedes ist es aber auch, die Versammlungen zu besuchen und dadurch Anteil am Verbandsleben zu nehmen. Du brauchst nicht in der Mehrheit unterzugehen. Du kannst Deiner Meinung Geltung verschaffen. Dazu sind die Versammlungen da. Jeder einzelne soll sich voll auswirken. Zusammengefaßt werden sie dann um so mächtiger in die Erscheinung treten. Haft Du also bisher abseits gestanden, so sei künftig wenigstens ständiger Besucher.

### Noch

ist es Zeit, Vermissenes nachzuholen. Unterziehe Dich der kleinen Mühe. Noch hast Du nicht alle Möglichkeiten wahrgenommen, Deiner Gewerkschaft nützlich zu sein. Es gehört nur einiger guter Wille dazu. Gelegenheit ist genug. Warum müßten wir bisher überhaupt Deine Mithilfe missen!

### Nicht

die Mitgliedschaft allein verlangen wir von D'r. Klein, Du sollst auch Pionier des gewerkschaftlichen Gedankens sein und unablässig für seine Ausbreitung sorgen. Dein Nebenmann an der Maschine, im Arbeitsraum, die Kollegin, die bei Dir arbeitet, ist noch nicht organisiert. Du triffst Arbeitskollegen und -Kolleginnen im Restaurant, im Theater, im Konzert, auf Deinen Spaziergängen, beim Sport usw. Du fährst mit ihnen täglich auf der Bahn, hast sie als Begleiter auf dem Wege von und nach der Arbeitsstätte. Es ist De ne Schuld, wenn sie noch nicht im Fabrikarbeiter-Verbande organisiert sind und vom Verbandsnichts wissen wollen. Agitiere sie jetzt Deine vornehmste Aufgabe sein. Tausende sind noch zu gewinnen, die Dir bei der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hemmend im Wege stehen. Veräume keine Zeit! Melde Dich sofort bei der Ortsverwaltung! Je mehr Helfer, desto größer der Erfolg.

### Erfüllt

sollst Du darum sein von der Pflicht der Mitarbeit, auch da, wo sie Dir zu gering erscheint. Uebertrage die Gewerkschaftspflicht bei der Arbeit im Geschäft auch auf die Organisation. Dann erst ist am Quartalsabschluss Deine Rechnung glatt. Noch aber steht Du in unserer Schuld. Mäße die knapp: Zeit!

Bei der Firma Stol, A.-G., verlangte die Arbeiterschaft 25 Prozent Lohnaufbesserung. Erreicht wurde eine durchschnittliche Aufbesserung von 4,54 ML. pro Woche und Arbeiter, außerdem eine Arbeitszeitverlängerung für die Ueberstunden um 6 Stunden pro Woche. Der Arbeiterauswahlschuss der chemischen Fabrik Steinger u. Söhne wurde zweimal, im Juli und Dezember, vorbestanden und erreicht eine Lohnaufbesserung von insgesamt 11,68 ML. pro Woche und Arbeiter. Die Familienunterstützung wurde von 10 auf 20 Pf. pro Tag und Kopf erhöht.

Unverständlich war es für die Arbeiterschaft der Steingerwarenfabrik Friedrichsfeld, daß die vom Einberufungsausschuss Mannheim zugewiesenen Arbeiter pro Stunde 65 Pf. erhielten, während die Löhne der alten Arbeiter zum Teil noch 38, 40 und 45 Pf. betragen. Die Gewerkschaft wurde aufgefordert, an einer Betriebsversammlung teilzunehmen. Die Arbeiter beantragten eine Lohnbewegung. Für die übrige Arbeiterschaft konnte die Gewerkschaft eine solche Forderung ihre Zustimmung nicht geben: sie verlangte eine allgemeine Lohnbewegung. Dem schloß sich auch der Vertreter der Arbeiter an. Die Lohnbewegung wurde schließlich um 65 Pf. und darüber erhöht. Die Alfordräge der Nacharbeit um 10 bis 50 Prozent erhöht, der Bestand von 3 auf 5 Tage für über 10 Jahre Beschäftigte erweitert.

In der Saal- und Deckenfabrik Gebr. Blumenstein brach ein halbtagiger Streik aus. Die Firma hob die Lohnbewegungen vollständig auf und führte eine Lohnbewegung von 20 Prozent ein, ohne daß den Arbeiterinnen am Montag der Lohnwoche eine Mitteilung davon gemacht wurde. Am 5. November fand vormittags 9 Uhr eine Streikversammlung statt, in der eine Kommittee der Arbeiterinnen und der Gewerkschaften beauftragt wurden, bei der Firma vorstellig zu werden. Dies geschah mit dem Erfolg, daß die im Tageslohn beschäftigten Arbeiterinnen eine Lohnbewegung von 10 Prozent erhielten und die gewählten Abzüge zurückgezahlt wurden.

Infolge des schlechten Organisationsverhältnisses in der Mannheimer Gummi-, Guttapercha- und Albestfabrik A.-G., war hier auch ein recht niedriger Verdienst zu bezeichnen. Auf Veranstaltung der Gewerkschaft fand man endlich doch den Mut, in Betriebsbesprechungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu besprechen. Der Arbeiterauswahlschuss wurde beauftragt, 25 Prozent Lohnbewegung und eine Vergütung der Ueberstunden mit 25 Prozent, Sonntags- und Nacharbeit mit 50 Prozent zu verlangen. Diese Forderungen wurden bewilligt.

Im Bahnhöfen- und Industrieschlichtung Saarbrücken haben wir eine Lohnbewegung und den ersten Tarifvertrag zu verzeichnen. Bei der Firma Gebr. Gans u. Co. brach ein vierer Streik von einigen Stunden aus. Der Streik wurde durchschnitten um 20 Pf. erhöht, die Alfordräge um 25 bis 50 Prozent. Im Anschlag an die Bewegung erfolgte die vollständige Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Erreicht wurde eine Lohnbewegung von 15,60 ML. pro Woche und Arbeiter, ferner eine Verlängerung der Arbeitszeit um drei Stunden pro Woche.

Im Bahnhöfen- und Industrieschlichtung Speier hatten wir zwei Lohnbewegungen. Eine Eingabe für die Gasarbeiter in Speier hatte eine Lohnbewegung von 4,58 ML. pro Woche und Arbeiter zur Folge. Der Antrag auf Erhöhung oder Entschädigung des Urlaubs wurde abgelehnt; mit Rücksicht auf die Bestimmung der jährlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, in der es heißt, daß der jährlichen Arbeiter ein Urlaub nur dann in Aussicht steht, wenn es die Dienstverhältnisse gestatten.

Die Arbeiterschaft der Zellulosefabrik Kirmeyer u. Scherer, Speier, erreichte auf Veranlassung des Arbeiterauswahlschusses eine Lohnbewegung von 4,20 ML. pro Woche und Arbeiter.

Im Bahnhöfen- und Industrieschlichtung St. Ingbert fanden zwei Lohnbewegungen statt. Einmal ist auch die Lohnbewegung bei der Pfälzischen Pulverfabrik, vorm. Gebr. Ratz, beendet.

worden. Dies war eine schwere Geburt. Kriegsamtenbenstelle und Schlichtungsausschuss mußten bei diesem Geburtsakt beifällig sein. Im „Proletariat“ haben wir darüber schon zum Teil berichtet. Die Firma kann es nicht verstehen, daß auch die Arbeiter ein Recht haben sollen, darüber mit zu bestimmen, wie teuer sie ihre Arbeitskraft verkaufen wollen. Erreicht wurde eine Lohnbewegung von pro Woche und Arbeiter um 9 ML. und 5,40 ML. für Arbeiterinnen; außerdem eine Kriegszulage, die für Ledige 20 Pf. pro Tag, für Verheiratete 40 Pf. und für jedes Kind unter 15 Jahren von 10 Pf. pro Tag bis zu einem Höchstbetrage von 1 ML. und für Frauen 50 Pf. beträgt. Eine Lohnbewegung der Arbeiterschaft der Eisen- und Lederwerke, St. Ingbert, hatte als Erfolg eine Lohnbewegung von 3 ML. pro Woche und Arbeiter. Ueber die Lohnbewegungen im Industrieschlichtung Ludwigsfelde hat die Bahnhöfen- und Industrieschlichtung, näher darauf eingegangen. Lassen wir zusammen, so können wir feststellen, daß das Jahr 1917 ein arbeitsreiches und erfolgreiches Jahr war für die Mitgliedschaft wie für die Organisation. Möge das Jahr 1918 ebenso abschließen und uns endlich den so lang ersehnten Frieden bringen. Schreiber.

## Aus dem Jahresbericht des Gaus 13 (Frankfurt a. M.)

Ueber eine deutliche Wendung zum Besseren kann nach Abschluss des Jahres 1917 berichtet werden. Es geht vorwärts! Immer noch nicht in dem Maße, wie es zu wünschen wäre, und immer noch nicht in allen vorhandenen Bahnhöfen gleichmäßig, aber es geht vorwärts! Im Jahresabschluss war eine Mitgliederzahl von 4231 vorhanden. Das ist um Mehr von 1120 gegenüber der Zahl am Schlusse des Jahres 1916. Eine Zunahme, wie sie auch in Friedenszeiten kaum jemals größer gewesen ist. Dabei ist zu beachten, daß diese Zunahme nicht auf das außerordentliche Emporwachen der Mitgliederzahl einer großen Bahnhöfen zurückzuführen ist, sondern das Ergebnis der Entwicklung einer größeren Anzahl der vorhandenen Bahnhöfen darstellt.

Ganz vorzüglich haben sich einige kleinere Bahnhöfen entwickelt. So hat die Bahnhöfen Oestrich-Winkel ihre Mitgliederzahl von 14 auf 148, die Bahnhöfen Gerheim von 28 auf 161 erhöht. Das ist um so erfreulicher, als es sich hier um Gegenden handelt, in denen bisher aus verchiedenen Umständen heraus schwer Fuß zu fassen war. Aber auch einige mittlere und große Bahnhöfen haben nennenswerte Zunahmen zu verzeichnen. Wie schon oben angeführt, ist diese Entwicklung leider aber nicht allgemein zu verzeichnen. Einige, auch große, Bahnhöfen figurieren in der Rubrik „Zunahme“ mit so geringen Zahlen, daß diese den wirklichen Stillstand kaum betonen können. Das ist um so bedauerlicher, als es sich hier um Bahnhöfen handelt, in denen für uns zukunftsreiche Nebenbetriebe liegen. Schlimmer ist es allerdings noch, daß vier Bahnhöfen noch eine Abnahme von zusammen 40 Mitgliedern zu verzeichnen haben. Darunter Hanau mit 25 und Wiesbaden mit 7 Mitgliedern. Immerhin kann das Gesamtergebnis als einigermaßen zufriedenstellend bezeichnet werden. Schon die Zahl der Ausgenommenen läßt erkennen, daß ein reger Geist zur Entfaltung gelangt ist. Im Jahre 1916 wurden 443 Ausnahmen erzielt. Im Jahre 1917 waren es 2075. Auch die Zahl der verlaufenen Beitragsmarken ist wesentlich - von 133.723 im Jahre 1916 auf 170.763 im Jahre 1917 - gestiegen.

Doch auch die Rechte muß hier etwas ins Licht gerückt werden. Im Jahre 1917 sind im Gau an Krankenkassenunterstützung 32.255 ML. ausgegeben; reichlich 3000 ML. mehr als im Vorjahre. Stärker noch ist die Ausgabe für Sterbegeld gestiegen, nämlich von 3463 auf 6672 ML. Diese Zahlen reden eine recht deutliche Sprache. Ueberlange Arbeitszeit, vereint mit unzureichender Nahrung, haben den Gesundheitszustand der Arbeiterschaft untergraben. Krankheiten, Siedum und frühzeitiger Tod sind die Folge. Wir müssen es uns hier verlagern, näher auf diese Dinge einzugehen. Aber das kann gesagt werden: Der Menschheit ganzer Saunter packt einen an, wenn man in einer Versammlung die entsetzten Gesichtszüge der Arbeiter und namentlich der Arbeiterinnen betrachtet. Menschen, die zum Teil erst das Leben beginnen wollen und schon deutlich für jeden, der sehen will, den Todesstein in sich tragen! Und immer wieder drängt sich einem die Frage auf: Welche Folgen werden eintreten, wenn diese Mädchen später mal Mütter werden?

Größer auch als jeit Jahren war die Zahl der geführten Lohnbewegungen. Nicht immer zeigten dieselben den erwarteten Erfolg, doch ganz ohne Erfolg ist keine verlaufen. Teilweise wurden recht gute Resultate erzielt. Während man im allgemeinen anerkennen kann, daß die Unternehmung sich der Notwendigkeit, einen Ausgleich gegenüber der gewaltigen Steigerung der Preise aller notwendigen Bedarfsartikel zu schaffen, nicht verschließen und Entgegenkommen zeigen, versuchen manche Fabrikanten, mit zäher Energie an möglichst niedrigen Löhnen festzuhalten. Erst alle zur Zeit zu Gebote stehenden Mittel konnten in diesen Fällen ein einigermaßen zufriedenstellendes Resultat herbeiführen. In diesen Fällen rechnen wir Jahresfrist die Schlichtungsausschüsse. Es wehrte sich nicht wenig wohl, wenn mit einigen Worten auf diese Einrichtung eingegangen wird.

Durchweg kann gesagt werden, daß die Erfahrungen, die mit dieser Einrichtung gemacht wurden, gut waren. Allerdings kann das nur von dem gesagt werden, die ihre Hoffnungen auf diese Schlichtungsausschüsse aus dem Wirken anzänglich nicht zu hoch geschraubt haben. Es kann anerkannt werden, daß die Vorstände der Schlichtungsausschüsse - und auf deren Stellungnahme kommt es ja hauptsächlich an - sich der präferen Lage der Arbeiterschaft nicht verschließen und wohlwollendes Verständnis für diese Lage zeigen. Ausnahmen sind allerdings auch hier nicht ausgeschlossen. Auch die Beisitzer in Lohnbewegungen lassen erkennen, daß dem mehr als berechtigten Verlangen der Arbeiterschaft, einen Ausgleich für die Lohnbewegungen zu erhalten, Rechnung getragen wird. Der Fehler liegt aber darin, daß diese Beisitzer der Schlichtungsausschüsse nicht genügend Recht zuzulassen. Wenn auch vielfach der Einfluß der Schlichtungsausschüsse groß genug ist, um Unternehmern zu bewegen, sich um Sprache zu unterziehen, so gibt es doch auch Fälle, wo das Gegenteil eintritt und die Unternehmer auf diesen Einfluß prüfen. Von dem Recht der Arbeiter, in solchen Fällen den Vorschlägen zu verlangen, kann aber nur recht schwer Gebrauch gemacht werden, weil immer ein großer Teil der Arbeiter reklamieren ist und einmündigens Gehör laßt, einzugestehen zu werden. Die Gefahr ist noch vergrößert worden durch die Bestimmung, daß Reklamation nur immer wieder in demselben Industrieschlichtungsbereich zulässig ist, wenn sie nicht eingezogen werden wollen.

Die Bestimmung, daß in allen Betrieben mit über 50 Arbeitern ein Arbeiterauswahlschuss bestehen muß, ist in vielen, man kann sagen in der Mehrzahl der Fälle, von den Arbeitgebern umgangen worden. Vorstände der Betriebskassen, ja in manchen Fällen sogar die Vorstände der Betriebe, empuppen sich pöbellich als vom Arbeitgeber anerkannte Arbeiterauswahlschüsse, ohne daß es in den meisten Fällen aus diesem oder jenem Grunde möglich war, Remontur zu schaffen. Bei in solchen Betrieben einwirkenden Lohnbewegungen entstehen dann gewöhnlich die schlimmsten Dinge. Statt daß diese Arbeiterauswahlschüsse als Sprachorgan der Arbeiterschaft darstellen, führen sie sich verpöbelnd, als Unternehmern gegenüber den Forderungen der Arbeiter zu jonglieren. Ist es doch wiederholt vorgekommen, daß diese Arbeiterauswahlschüsse einen Stundenlohn von 30 Pfennig für erwachsene Arbeiter als ausreichend bezeichnet haben. Es ist empörend, und doch erwacht es nicht einer protestierenden Seite, wenn man das Verhalten dieser Arbeiterauswahlschüsse bei Verhandlungen über dem Schlichtungsausschuss betrachtet. Wie sie bemüht sind, das Interesse des Unternehmers zu vertreten und immer aus den Wänden des Unternehmers zu hören versuchen, welche Antwort sie auf die Frage des Vorstehenden geben sollen. Da fällt einem unwillkürlich ein Satz von Heine ein: „D du grammatikaler Natur, - du Spenderin alles Erbes, - gib doch dieser Grammatik - auch einen Schweiß zum Baden.“ Es ist einer der schlimmsten Fehler des Hilfsdienstgesetzes, daß die Vorstände in bezug auf die Arbeiterauswahlschüsse nicht präzis genug gefaßt sind; namentlich liegt der Fehler darin, daß die Ausschüsse nur da zu wählen sind, wo noch keine vorhanden sind. Die bestehenden Arbeiterauswahlschüsse sind in ihrer Zusammensetzung in den meisten Fällen gar nicht in der Lage, und teilweise auch nicht des Willens, die Aufgaben, die ihnen das Hilfsdienstgesetz stellt, zu erfüllen. Sie empören und verächtlich nur dem Gewerkschaftswächter der Lohnbewegung fordern Arbeiterauswahlschuss und dem Unternehmer. Auch die neuerdings herausgegebenen Bestimmungen ändern an diesen Mängeln herzlich wenig. Immerhin wird versucht werden müssen, das, was gut ist im Hilfsdienstgesetz, über den Krieg hinaus in irgendeiner Form zu retten. A. Brun.



Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Am 24. Februar tagte die Generalversammlung der Zahlstelle Groß-Berlin. Neben dem Jahresbericht, den wir besonders behandeln werden, beschäftigte sie sich mit dem Bericht vom Verbandstag, den der Kollege Bruns gab.

In reger Diskussion erklärten sich alle Redner mit der Beitrags- und Unterfrüßungsregelung einverstanden. Zu dem vom Vorstand beantragten und vom Verbandstag angenommenen Zusatz zu § 27, Absatz 4 wurde beschlossen: Die in den Lokalkassen angefallenen Gelder sind von den Zahlstellen oft gegen den Willen des Vorstandes mißbraucht worden. Sie sind nur Eigentum der Zahlstellen und kann dem Vorstand wohl bei der Auflösung, nicht aber bei der Abtrennung ein Eigentums- und Verfügungsrecht zugesprochen werden. Auf den Hinweis, daß im früheren Statut ein gleicher Passus enthalten sei, ist zu erklären, daß dies nicht zutrifft, der Wortlaut ist ein ganz anderer. Die Einbringung und Annahme des Antrages in dieser Zeit hat nicht zur Einigkeit und Verständigung unter den Mitgliedern beigetragen. Es geht auch im „Proletarier“ zu sehen, daß sich der Zusatz gegen eine bestimmte Richtung wendet. Im Hannover ist das allerdings noch bestritten worden. Beschlüsse gegen den Verbandstagsbeschluss zu fassen, wurde nicht für richtig befunden. Unbedingt notwendig sei es aber, mit dahingehenden Abänderungsanträgen zum nächsten Verbandstag zu kommen.

Entschieden wurde der Artikel „Berufende Bestrebungen“ in Nr. 7 des „Proletariers“, der einfach allen mit der Annahme des Antrages nicht einverstandenem Kollegen mangelndes Begriffsvermögen sowie Zweifel an der eigenen Verbandsstreue unterstellt. Wir fühlen uns für wie nur irgendeine Zahlstelle mit dem Verband. Wir wünschen und wünschen nur, daß sich Vorstand und Redaktion ebenso mit den Zahlstellen verwechseln können. Des weiteren gab eine Notiz in der gleichen Nr. 7 über Beendigung des politischen Massenstreiks in Berlin Anlaß zu jähriger Zurückweisung. Ein Redner erklärte, er hätte es gleichfalls lieber gesehen, wenn der Abbruch des Streiks unter Hinzuziehung der Generalkommission zu den Verhandlungen ein geordneter gewesen wäre, trotz der Neutralitätserklärung der Generalkommission. Das andere aber an der Tatsache nicht, daß ein großer Teil der Arbeiter die Hinzuziehung der Generalkommission zu den Verhandlungen ablehnte resp. die Ablehnung nachträglich gutheißt. Die Redaktion solle nicht mit Verdächtigungen operieren, sondern versuchen, sich in den Gedanken der betreffenden Arbeiter hineinzuversetzen. Der Ansicht, die Generalkommission hätte zu den Verhandlungen hinzugezogen werden sollen, wurde von allen anderen Rednern widersprochen. Die Generalkommission habe sich durch ihre Neutralitätserklärung selbst abgelehnt, und es lag keine Veranlassung vor, sie nachher heranzuziehen.

Hingewiesen wurde darauf, daß § 2. B. in Spandau in den königlichen Verträgen alle abfälligen Forderungen der Mehrheits- und Gewerkschaftspreise in Flugblattform unter die Arbeiter verteilt werden.

Der Anschlag des Verbandes an den Bund für Freiheit und Vaterland wurde gleichfalls scharf beurteilt. Trotz des ausgesprochenen Willens, daß wir mit dem Bund nichts zu tun haben wollen, ist auch heute die Zahlstelle Berlin Mitglied des Bundes. Durch den Anschlag werden die Arbeiter keinen Nutzen haben. Die Sozialisierung der Gesellschaft die ja auch der Kollege Schneider als das Endziel der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet hat, werden wir nur im Kampf gegen die bürgerlichen Mitunternehmer des Aufwandes erringen können. Seine Leute verstehen unter Freiheit und Vaterland etwas anderes als wir Arbeiter.

Zum Schluß ging Bruns auf die verschiedenen Ausführungen ein. Er konnte das Verhalten der Generalkommission nicht beurteilen. Was den Anschlag an den Bund für Freiheit und Vaterland betrifft, so ist auch seine Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn der Anschlag unerheblich. Zum mindesten hätten die Mitglieder um ihren Willen befragt werden sollen.

Der Zusatz zu § 27 sei anders zu formulieren, als hier geschieden. Tatsächlich hätten die Bestimmungen im alten Statut, wenn auch unter anderem Wortlaut, denselben Gehalt.

Einig war sich die Generalversammlung darin, daß wir alle Anträge haben angeht, der großen und besorglichen Aufgabe aller Trennung befreite zu lassen und die Organisation auszubauen und zu stärken.

Dernstadt. Das verfloßene Geschäftsjahr hat auch uns eine erfreuliche Aufwärtsbewegung unserer Zahlstelle und gute Erfolge der Lohnbewegungen gebracht. Nach großer Mühsal die Erfolge nach beiden Richtungen hin, wenn die Arbeiterzahl unserer Industriebezirke im allgemeinen und unsere Kollegen im besonderen etwas mehr auf dem Damme gewesen wären. Die Besuche des Hilfsdienstgeheges, die wiederum zwischen der Arbeiterzahl angewendet wurden, haben die Verhältnisse unserer Kollegen wesentlich begünstigt. Bei der Firma Wacker u. Dörfler in Nieder-Kambeck und in der Geschäftsjahr-Werke in Wehl besteht überhaupt kein Arbeitermangel, weil sich die dortigen Arbeiter nicht um die Erneuerung ihrer Rechte kümmern. In diesen Betrieben wurden die Rechte des Arbeiterauschusses ohne Beiträge den wenigen noch vorhandenen Vorstandsmitgliedern der Betriebskassenkasse übertragen. Da die in der Hauptkassette aus Wehlern bestehen, so kann sich jeder selbst ein Bild über diese Arbeiterverteilung machen. Bei der Firma Wacker steht die Sache nicht viel besser. Hier wurde dem Vorstand das gesamte Betriebsauschusses übertragen und, damit keine „doppelte Vertretung“ der Arbeiterzahl vorhanden ist, wurden die drei verbleibenden Mitglieder des ehemaligen Arbeiterauschusses dem neuen Vorstand beigegeben. Auch bei der Firma K&S u. Haas ist die Zahl nicht entsprechend dem Bedarf durchgehend worden. Wohl wäre es der Arbeiterzahl dieses Betriebes teilweise möglich gewesen, sich einen anderen Arbeiterauschuss zu wählen, aber... Auf der Arbeiterzahl, sondern der Vorstand der Geben übernimmt hier die Verantwortung der Arbeiter. Sie ist auch danach, die Zahl eines Arbeiterauschusses in der Konkurrenzfabrik „Helvetia“ in Grotz-Graun ist demnächst zusammen gegeben, daß der Arbeiterzahl ausschließlich nicht davon bekannt geworden ist. Vor bei einer Laufe des Jahres zusammengeworfenen Lohnbewegung, wobei sich die Firma auf den Arbeiterauschuss berufen hat, wegen wir durch die Generalkommission feststellen lassen, daß tatsächlich ein Arbeiterauschuss vorhanden ist der aus drei Wehlern, einem Parfeschlager, zwei Gewerkschaftler und einem Arbeiter besteht. Dieser Ausschuss ist angeblich durch nach dem geschätzten Gehaltungen gewählt. „Sie ist es anfangs“, kann man hier sagen, auch wegen der Arbeiterzahl der Zündholzfabrik G. Sanderberger in Pommern, die ebenfalls einen Ausschuss auf dem Arbeiterauschuss hat, und nicht genügend bezogene Mitarbeiter, so dass weiterhin überlassen werden. Auch dies ist ein Zeichen der Zeit!

Die Zahlstellen haben 13 Zahlstellen, davon wurden zwei als Zahlstellen in das neue Geschäftsjahr übernommen. Die 11 Lohnbewegungen ergaben sich auf neue Beträge mit zusammen 366 Arbeitern, davon 22 Arbeiterinnen. Der wöchentliche Durchschnittsverdienst betrug für die Arbeiter 5,13 Mk. und für die Arbeiterinnen 2,8 Mk. Die in der Zahlstelle mit 1,90 Mk. in der „Helvetia“ in Grotz-Graun die die Arbeiter und am höchsten in Höhe von 9,60 Mk. bei der Firma Schöningh in Pommern. Für die Frauen beträgt es an erster Stelle 3,90 Mk. in der „Helvetia“ und 2 Mk. als niedrigster Lohnverdienst für die Arbeiterinnen der Zahlstelle Pommern. Der durchschnittliche Verdienst für alle 36 Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt pro Woche 1401,63 Mk. oder pro Tag 207,39 Mk. Hieraus ist abzulesen, daß der Wert der gewerkschaftlichen Organisation hier zu erkennen. Neben der die Lohnbewegung dieser 36 Arbeiter, bewegen auf das Jahr in Höhe von 922 Mk., von den 7560 Mk. ab, in welchem ihnen nach 63 789,92 Mk. oder durchschnittlich pro Arbeiter nach 700 Prozent Gewinn auf ihre Lohnbewegung, ohne die sonstigen Gewerkschaften der Organisation. Der Wert der Arbeiterzahl wird heute noch nicht bezogen, dem ist aber nicht zu helfen.

Der Wert der Lohnbewegung unseres Industriebezirkes, wie sie heute noch durch Gewerkschaften noch besteht, so können und sollte diese Gewerkschaften fortsetzen, denn sie haben auch eine ausserordentlich wichtige Aufgabe zu lösen und Verantwortung zu übernehmen. Die wachsende Forderung ist dieser Gegner der Arbeiterzahl, daß auch die Arbeiter an die Lohnbewegung durch höhere Löhne beteiligt sein, trotz der Tatsache, daß diese Kollegen in der Zahlstelle in der Konkurrenz und Lohnbewegung bewegen sich zwischen 3,70 und 6,80 Mk., in der ehemaligen Zahlstelle von 4,20 Mk. (Zündholzfabrik) bis 5,50 Mk. bei der Firma Wacker. Von der Gewerkschaft Wacker in Dorn ist nicht aus der Kasse, daß er nunmehr einbezogen der 45 Prozent Lohnbewegung einen

Stundenslohn von 72 Pf. erzielt. Das sei aber erst der Höchsthöhe, und es gebe noch verarbeitete Arbeiter in Betrieben, die mit 35 bis 38 Pf. abgebeißt werden. Dieses nur einige Beispiele. An den Kollegen aller Berufsarten liegt es, für die Ausbreitung der Organisation auch jetzt etwas Hand anzulegen, denn nur dann wird uns möglich sein, zeitensprechende Verdienste im neuen Geschäftsjahre zu erzielen.

Auch die Mitgliederbewegung unserer Zahlstelle hat bewiesen, daß das Bewußtsein unter der Arbeiterzahl, daß nun einmal ohne Organisation nicht auszukommen ist, wieder mehr in den Vordergrund getreten ist. Mit einem Mitgliederstand von 393 haben wir den Verband begonnen. 473 sind neu eingetreten, 16 zugereist, 57 haben sich vom Militär zurückgemeldet und 11 übergetreten. Demgegenüber steht ein Abgang von 197 Austritten, 27 abgereist, 58 zum Militär eingezogen und 8 gestorben. Demzufolge ist die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle um 257, von 393 auf 650 Mitglieder, angewachsen, davon 284 weibliche Mitglieder. Bei der Erfolg auch nicht so, wie wir es alle gewünscht haben und wie es im Interesse unserer guten Sache auch erforderlich wäre, so wollen wir uns doch in dem Bewußtsein damit abfinden, daß es den wenigen Kräften geschulter und alter Kollegen im kommenden Jahre gelingen möge, mit noch größeren Erfolgen die Samen der Gewerkschaftsbewegung auszustreuen. — Der Marienunfall ist von 18.12.22 auf 23.977 Stück gestiegen. Eine Besserung der Lebensverhältnisse ist eingetreten. Im Auftrage der Hauptkasse verausgabten wir 450 Mk. Reiseunterstützung, 159 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 2112,55 Mk. Krankenunterstützung, 440 Mk. Sterbegeld, 15 Mk. Gemaßregeltemunterstützung und 36 Mk. Vorlageunterstützung. Den Rest von 3494,25 Mk. liefernten wir der Hauptkasse ab. In dem Stande unserer Lokalkasse ist eine größere Veränderung nicht eingetreten. Wir bedürfen auch in diesem Jahre noch einen Zufluß aus der Hauptkasse in Höhe von 855 Mk. Der Bestand der Lokalkasse beträgt am Jahresabschluss 362,10 Mk.

Die vom Verbandstage beschlossene Beitragserhöhung hat auch die Mitglieder unserer Zahlstelle in der im Februar abgehaltenen Generalversammlung verlangt, die Lokalkasse für weibliche und jugendliche Mitglieder auf 15 Pf. und die der männlichen auf 20 Pf. festzusetzen. Dadurch dürften bei Eintritt normaler Zeiten auch die finanziellen Verhältnisse der Lokalkasse gebessert sein. Unsere Mitglieder wollen aus vorstehendem ersehen, wie notwendig die Organisation für den einzelnen ist, und wie zweckdienlich ihre Einrichtungen für die Mitglieder geschaffen sind. Die richtige Schlussfolgerung daraus gezogen, muß aber auch nicht nur einzelne, sondern alle veranlassen, stets und ständig in der Pflicht und allüberall für den Verband neue Mitglieder zu werden in dem Bewußtsein: Einigkeit macht stark!

Köln. (Jahresbericht.) Für unsere Zahlstelle war das Jahr 1917 ein Jahr des Fortschritts und der Erfolge. Die Mitgliederzahl ist von 900 auf 3000 gestiegen. Der Bezirk Schlebusch wurde der Zahlstelle krüppertief, einige Außenbezirke dem Gau angegliedert, so daß auf Grund des Markenverkaufs die Mitgliederzahl und auch die Zunahme sich bedeutend erhöht. Der Markenverkauf gestaltete sich wie folgt:

Table with 2 columns: Quarter (1. Quartal 1917, 2. Quartal 1917, 3. Quartal 1917, 4. Quartal 1917) and Number of Members (13 808, 19 855, 25 704, 44 311). Total: 156 237.

Die Mehrzahl der neu gewonnenen Mitglieder verteilt sich auf die umliegenden Ortschaften, wie Dormagen, Worren, Erwisdorf, Wilsdorf und Knappard. Auch die Lebensverhältnisse am Orte haben sich äußerlich günstig entwickelt. Der Lokalkassenbestand hat sich gegenüber dem Vorjahre von 2000 auf 21 500 Markt erhöht. Zum Jahresabschluss waren am Jahresabschluss 797 Kollegen eingezogen. Vom Heeresdienst zurückgemeldet haben sich 102. Im Berichtsjahre sind aus 8 Kollegen als gefallen gemeldet, so daß nunmehr insgesamt 75 Mitglieder den Heldentod erlitten. Unser Arbeitsnachweis wurde von 37 Unternehmern in Anspruch genommen. Es wurden vermittelt 1039 Personen, davon 298 männliche und 791 weibliche. Nach dem Beschluß des außerordentlichen Verbandstages wurde auch in diesem Jahre an die Kriegesfamilien eine Weihnachtsgabe von 6 Mk. gezahlt. Den in der Gefangenenschaft befindlichen ist von der Lokalkasse noch ein Zufluß von 4 Mk. gezahlt worden. Die im November abgehaltene Generalversammlung befaßte sich mit den Anträgen zum Verbandstage und beschloß gleichzeitig, die vom Verbandstage angenommene Beitragserhöhung schon am 13. Januar eintreten zu lassen. Die erhöhten Einnahmen fließen in die Lokalkasse, so daß im ersten Quartal mit einem bedeutenden Vermögenszuwachs zu rechnen ist.

Die Agitation war, wie schon der Mitgliederzuwachs zeigt, sehr erfolgreich. Der günstige Geschäftsgang in der Munitionsindustrie hat alle früheren Ergebnisse weit in den Schatten gestellt. Im ersten und zweiten Quartal waren es vorwiegend Frauen und Mädchen, die als Mitglieder der Organisation beitrugen, im dritten und vierten Quartal bildeten die männlichen den größten Teil der Neuzugänge. Die Aufnahmen verteilen sich wie folgt:

Table with 2 columns: Quarter (1. Quartal 1917, 2. Quartal 1917, 3. Quartal 1917, 4. Quartal 1917) and Number of Members (1000, 1123, 2500, 1875). Total: 6498.

Durch Hausagitation wurden 267 Mitglieder gewonnen. Bezeichnet wurden 588 Adressen. Leider geht mit den vermehrten Aufnahmen eine mit dagewesene Pluralisation ein. Besonders unter den weiblichen Mitgliedern machte sich dieser Uebelstand bemerkbar. Gering kam, daß auf den umliegenden Munitionsfabriken stattgefundenen Explosionen uns erhebliche Mitgliederverluste gebracht haben, weil im Anschluß daran immer viele Mitglieder überleben. So hatten wir nach dem großen Unglück in Erwisdorf einen Mitgliederverlust von 760. In Anbetracht dieser Verhältnisse muß immerhin hoch bewertet werden, daß trotz dieser Einwirkungen und Hemmnissen der Friedensbestand an Mitgliedern ohne die abgetretenen Bezüge um 1200 überschritten wurde. Unser Erfolg würden noch größer sein, wenn nicht viele früher eifrige Kollegen der Meinung wären, angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse sei ihnen eine eifrige Verberätigkeit nicht möglich. Der Ansicht weichen viele reformierte Kollegen zu. Bei ihnen läßt die Sorge, der Familie wieder entziehen zu werden, und die Abneigung gegen den vielfach angebrochenen Schlingensiefel jede Agitations- und Werbemöglichkeit.

Die Lebensbewegungen haben im Berichtsjahre unsere ganze Kraft in Anspruch genommen. Die uns Unerwartliche gestiegenen Preise aller Verbrauchsartikel machten es uns nicht, daß in allen Betrieben ein harter Kampf nach höheren Verdiensten zu bestehen war. Nicht bei allen Unternehmern haben wir Verständnis für die Lage der Arbeiterzahl gefunden. Dabei ist festzustellen, daß das Jahr 1917 für die Unternehmer, namentlich für die Sprengstofffabriken, ein Jahr überaus hoher Profite war. In zahlreichen Betrieben ist es uns denn auch gelungen, wesentliche Lohnbewegungen oder Lohnausgleichungen durchzusetzen. Insgesamt beläuft sich der durch Lohnbewegungen des Verbandes erzielte Mehrerwerb auf etwa 120 000 Mk. die Woche, gleich 6,2 Millionen Mark im Jahr.

Am Beschluß einer Konferenz der Arbeiterauschüsse der gemischten und Sprengstoffbetriebe wurde gemeinsam mit den übrigen in Frage kommenden Verbänden beschlossen, den Unternehmern Forderungen zuzustellen, die Arbeitszeit auf 53 Stunden wöchentlich herabzusetzen und einen entsprechenden Lohnausgleich sowie eine entsprechende Bezahlung der Arbeiterzahl, Sonn- und Feiertagsarbeiten für Tag- und Nachtschicht herabzusetzen. Ferner wurde auch für die nächst entfallenden Arbeiter eine allgemeine Lohnerhöhung gewünscht. Die Verhandlungen, die mit der königlichen Regierung, dem Kriegesamt und der Kriegesamtstelle in Köln im Frühjahr und mündlich geführt wurden, sind noch nicht abgeschlossen. Wir werden im nächsten Jahre ausführlich darüber berichten.

Zweck haben einige andere Firmen die Wünsche der Arbeiterzahl erfüllt. So wurden bei den Land- und Seefahrern in Kippes, auf dem Kahlenberg in Wehl, in der Lederfabrik Cohn u. Ventersdorf in Wilsdorf, bei Conrads Hagen in Kall und bei Jager u. Frischlinghaus in Wilsdorf die Arbeiterzahl um drei Stunden pro Woche vermindert und für die im Tagelohn und Abend Beschäftigten ein Lohnausgleich bezahlt. Der Lohn- und Abfahrgeld beträgt fünf bis acht Prozent. Die Zuschläge wurden für Arbeiterzahl um 5 Pf., für Sonn- und Feiertagsarbeiten um 10 Pf. pro Stunde erhöht. In dem Jahresbericht des Hilfsdienstgeheges war es die vornehmste Aufgabe der Ortsverwaltung, für die geeignete Befestigung der

Arbeiterauschüsse Sorge zu tragen. Das ist uns fast überall gelungen. In einer Reihe von Betrieben sind unsere Kollegen mit den übrigen freien Gewerkschaften sowie mit den Christlichen geteilt in den Ausschüssen tätig. Bei unserm Bestreben, die Lage unserer Mitglieder durch Lohnaufbesserungen auszugleichen, waren wir auch gezwungen, infolge des abnehmenden Standpunktes der Unternehmer mehrmals den Schlichtungsausschuss anzurufen. In allen Fällen hatten die Kollegen einen guten Erfolg, nur die Arbeiterzahl auf dem Artilleriebetriebe war höchst unzufrieden mit dem gefällten Schiedsspruch. Außer der Firma Träme u. Helmert haben alle Unternehmer den Schiedsspruch anerkannt. Aber auch diese Firma hat einige Zeit später mit einer Ausnahme die Forderungen der Arbeiter benuligt. Die Firma wollte sich anscheinend nicht fügen lassen, daß sie erst durch das Urteil des Schlichtungsausschusses die Wünsche der Arbeiter als berechtigt anerkannt habe.

Die vermehrte Mitgliederzahl und die stattgefundenen Lohnbewegungen in meist größeren Betrieben hat die Verwaltungsbewegung bedeutend vermehrt. Es wurde daher dem Kollegen Herrweg eine Hilfskraft zur Seite gestellt, die hauptsächlich die Kleinarbeit zu erledigen hat. Welche Tätigkeit entfaltet worden ist, kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck: Es wurden abgehalten 332 Betriebsversammlungen, 41 Vertrauensmännerversammlungen, 36 Sitzungen mit anderen Organisationen und Körperschaften, 22 Mitgliederbesammlungen, daneben noch Verhandlungen aller Art, Hausagitation usw.

Unser Erfolge im letzten Jahre zeigen mit Deutlichkeit, was gemeint ist zu schaffen vermag. Bis zur Beendigung des Krieges und vor allem nach dem Kriege werden wir noch manchen harten Tag durchzukämpfen haben. Die Mithilfe aller Mitglieder, die Mitarbeit an täglichen Organisationsleben, vor allem die nie zum Stillstand kommende Verberätungsarbeit muß in diesem Jahre in vermehrter Form fortgesetzt werden. Den Vertrauensmännern fällt hier die erste Aufgabe zu. Sie als die Pioniere der Organisation müssen den Mitgliedern mit einem guten Beispiel vorangehen. Getreu den Traditionen unseres Verbandes werden wir dann den Kampf unter dem Wahlspruch führen:

Nur dem Gehört die Freiheit und das Leben, Der täglich sie erlängeln muß.

P. Hertwig.

München. Den Bericht über das Jahr 1917 können wir voranstellen: zum erstenmal während des Krieges ist eine Erhöhung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Ende 1916 hatte die Zahlstelle 3740, Ende 1917 dagegen 4045 Mitglieder; das ist ein Mehr von 305 Mitgliedern. Von den 4045 Mitgliedern sind 1643 männliche und 2402 weibliche. Angenommen werden 1917 insgesamt 1216 Mitglieder, davon 299 männliche und 917 weibliche. Vom Militär zurück gemeldet sind 131 Kollegen (insgesamt sind es 210) und als gefallen wurden 19 Kollegen gemeldet (insgesamt 159). Es waren also demnach am Jahresabschluss noch 1943 Kollegen beim Heeresdienst. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 81 612,03 Mk., die Ausgabe 47 694,92 Mk.; an die Hauptkasse konnten 33 917,11 Mk. gefandt werden. An Unterfrüßungen wurden folgende Summen ausgezahlt: für Erwerbslosenunterfrüßung 25 179,20 Mk., für Sterbegeld 4920 Mk., für Linzugsgeld 595 Mk.

Bei 24 Arbeitgebern wurden Teuerungszulagen für die Kollegen und Kolleginnen durchgesetzt, außerdem wurden sechs Tarifverträge abgeschlossen bzw. erneuert. Beteiligt waren daran 1725 männliche und 1706 weibliche, zusammen 3431 Mitglieder. Die Erhöhungen der Löhne und Teuerungszulagen betragen insgesamt 18 036,97 Mk. pro Woche und bewegen sich zwischen 75 Pf. und 15 Mk. pro Beteiligung und Woche. Im Durchschnitt sind dies auf jeden Kopf rund 5,30 Mk. pro Woche. Außer diesen Erhöhungen der Löhne wurde für 620 Mitglieder auch eine Erhöhung der Zuschläge für Überstunden- und Sonntagsarbeit um 25 Prozent erreicht und für 162 Mitglieder eine Arbeitszeitverfrüßung um 1 1/2 Stunden pro Woche. Aus diesen Erfolgen ist zu ersehen, daß durch geschlossenes Vorgehen innerhalb der Organisation etwas zu erreichen ist. Allerdings gibt es noch einzelne Betriebe, in denen die Arbeiter und Arbeiterinnen diese Tatsachen nicht einsehen wollen und sich nicht entschließen können, sich zu gemeinsamem Handeln zu vereinigen. Diese sind natürlich die Geschäftlichen, weil sie immer nur Zulagen erhalten, denn und wie es die Arbeitgeber für gut halten, und wie diese aussehen, ist zur Genüge bekannt. Hier kommt dann der erparke Verbandsbeitrag in einem geringeren Lohn zum Ausdruck. Ob dieser Sorte von Arbeitern und Arbeiterinnen bald das Bewußtsein kommt, daß sie etwas verüßamt haben und ob sie dann die richtige Nutzenanwendung ziehen werden?

Unser Jahresabschlussversammlung tagte am 20. Januar d. J. im Högerbräuhaus und war sehr gut besucht. Diese Versammlung beschäftigte sich auch mit den Beschlüssen des Verbandstages, denen nach eingehender Debatte einstimmig zugestimmt wurde. Der Bericht des Kollegen Stadler, der zum Verbandstage delegiert war, fand Beifall. Um unsere Lokalkasse, die im Jahre 1917 ein Defizit von 1262,50 Mk. hatte, wieder flott zu machen, hat die Generalversammlung einstimmig beschlossen, zu der vom Verbandstage durchgeführten Beitragserhöhung auch die Lokalkassenzulage zu erhöhen. Es sind demnach die Beiträge vom 1. April 1918 an für weibliche Mitglieder 50 Pf., für männliche Mitglieder 80 Pf. pro Woche. Für jene männlichen Mitglieder, die freiwillig den erhöhten Beitrag bezahlen wollen, ist derselbe dann 1 Mk. pro Woche.

Alles zusammen genommen, kann das Wirken unseres Verbandes, in unserer Zahlstelle auch im Jahre 1917 als zufriedenstellend angesehen werden. Es hat durch gemeinsame Arbeit viele Vorteile für unsere Mitglieder gebracht. Das laufende Jahr darf seinem Vorgänger in keiner Weise nachstehen. Es müssen daher alle Kollegen und Kolleginnen tatkräftig an dem Ausbau unseres Verbandes mitarbeiten, um auch weiterhin Erfolge erzielen zu können. S. Knorr.

Verbandsnachrichten.

Statistik.

Blaue Monatskarten — Gelbe Quartalkarten.

Mit dem 31. März geht das erste Quartal 1918 zu Ende. Wir bitten deshalb, bis spätestens 4. April die gelben Berichtskarten nach Hannover zu senden.

Bis zum gleichen Datum müssen auch die blauen Monatskarten eingekandt sein.

Zahlstellen, die die beiden Karten nicht oder zu spät einenden, werden im „Proletarier“ namentlich bekanntgegeben.

Soweit keine Berichtskarten am Orte mehr vorhanden sind, können solche beim Vorstand bestellt werden.

Vom 12. März 1918 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Waldstraße 600.—, Karlsstraße 368,45. P. 8,10. Export 500.—, Dehne 20.—, Chemnitz 600.—, Herbst 600.—, Schönebeck a. G. 500.—, P. —25. Stettin 14,40. Lengsdorf i. B. 26,24. Seltin i. S. M. 600.—, Neumannier 400.—, Osnabrück 50.—, Südsachsen 3,25.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Lübeck 94,25.

Schluß: Montag, den 18. März, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalkassenzulagen

- erhalten die Zahlstellen: Lobau. 10 Pf. pro Woche und Mitglied. Remel. 5 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder. Weten. 10 Pf. pro Woche für weibl. Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für männl. Mitglieder. Rauen. 10 Pf. pro Woche und Mitglied.